

Erlass: Thüringen will Verwertung von Gipsabfall unterbinden

Einbau in Kalihalden untersagt / Reaktion auf EU-Kommission?

Gipsabfälle dürfen in Thüringen nicht mehr in Kalihalden eingebracht werden. Nach einem Erlass des Thüringer Umweltministeriums an das Thüringer Landesbergamt ist die entsprechende Anlage 2 der geltenden Kalihalden-Richtlinie hinsichtlich des Abfallschlüssels 17 08 02 – Baustoffe auf Gipsbasis – nicht mehr anzuwenden, bestätigte eine Sprecherin des Umweltministeriums auf Anfrage. Der Erlass stammt vom 26. November 2010. Die Betriebsplanzulassungen seien anzupassen. Derzeit läuft noch ein Anhörungsverfahren für die betroffenen Anlagenbetreiber.

Nach Darstellung des Umweltministeriums in Erfurt sind in letzten drei Jahren im Schnitt 115.000 Tonnen dieser Gipsabfälle aus dem In- und dem Ausland in den Kalihalden des Landes verwertet worden. Die Abfälle, z.B. Gipskartonplatten, dürfen laut der Kalihalden-Richtlinie bei der Herstellung der Schicht 2 (konturgebende Schicht) im Rahmen der Kalihaldenabdeckung als Ersatz für Primärrohstoffe verwertet werden.

Der Erlass war in der Öffentlichkeit bislang kaum bekannt. Ihm waren eine Reihe von Aktivitäten auf EU-Ebene vorausgegangen. Ende September war die EU-Kommission vom dänischen Europa-Abgeordneten Dan Jörgensen zur Verwertung der Gipsabfälle auf deutschen Kalihalden befragt worden. Dem dänischen Umweltministerium warf der Politiker im Oktober vor, dass es einen illegalen Export nach Deutschland erlauben würde, obwohl der Gipsabfall in Dänemark leicht zu recyceln wäre.

Laut Jörgensen gibt es in Dänemark und den Niederlanden Recyclingsysteme für Gipsabfälle, bei denen Rohstoffe für die Produktion von Gipskartonplatten gewonnen werden. Die Möglichkeit für Abfallerzeuger aus diesen Ländern, ihre Gipsabfälle nach Deutschland zu exportieren, die dank der Einstufung des Kalihaldeneinsatzes als Verwertung besteht, stellt nach Ansicht Jörgensens eine Wettbewerbsverzerrung dar und bedroht die Gipsrecyclingindustrie in Dänemark und den Niederlanden.

Auf Jörgensens Anfrage hin hat die EU-Kommission angekündigt, in Deutschland Informationen über die Nutzung von Gipsabfällen zur Rekultivierung von Kalihalden einzuholen. Unter anderem wollte Brüssel bewerten können, ob Deutschland mit diesem Entsorgungsweg die fünfstufige Abfallhierarchie der EU-Abfallrahmenrichtlinie einhält. Nach Ansicht der Kommission könnte der Einsatz von Gipsabfällen aus

Dänemark zur Abdeckung von Kalihalden in Deutschland als sonstige Verwertung ein Verstoß gegen den Vorrang des Recyclings sein. Die in der Abfallrahmenrichtlinie festgelegte Hierarchie gilt aus Sicht der EU-Kommission bereits seit dem 10. Dezember 2010 für das Handeln der Verwaltungen. In Deutschland, wo die Umsetzung der EU-Richtlinie noch aussteht, werde diese Einschätzung hinsichtlich grenzüberschreitender Abfalltransporte geteilt, erfuhr EUWID.

Für Wirtschaftskreise in Deutschland ist es vor diesem europarechtlichen Hintergrund allerdings unverständlich, warum Thüringen die Verwertung deutscher Gipsabfälle auf Kalihalden unterbinden will. Betroffene vermuten einen „vorausseilenden Gehorsam“ des Bundeslandes, um eine Debatte mit Brüssel zu vermeiden.

Wollte Dänemark sein Gipsrecyclingsystem schützen, hätte der EU-Staat selbst die Möglichkeit, den Export von Gipsabfall nach Thüringen zu untersagen, meinten Beobachter. Denn um eine Verbringung von Abfällen zu Verwertung in andere Länder zu verhindern, könnte der EU-Staat theoretisch einen erweiterten Ökologieeinwand geltend machen.

Der Einsatz von Gipsabfällen in Mischung mit Boden zur Kalihalden-Rekultivierung gilt in Deutschland als der wichtigste Ent-

Aus den Ländern

■ Die Landesregierung von **Rheinland-Pfalz** hat Unternehmen aus dem Land aufgefordert an betriebsbezogenen Effizienzchecks zum Umgang mit Energie und Rohstoffen teilzunehmen. Die Beratung konzentriert sich neben dem Umgang mit Roh-, Betriebs- und Hilfsstoffen innerhalb der Produktionsprozesse und der Energieverwendung auch auf die Vermeidung von Abfällen, Abwasser und gasförmigen Emissionen. Die Landesregierung übernimmt dabei bis zu 70 Prozent der bei den Effizienzchecks anfallenden Beratungskosten. Nach Angaben des Landesumweltministeriums wurden in den letzten vier Jahren bereits 32 derartige Prüfungen durchgeführt. Dabei konnten jährliche Einsparpotenziale von insgesamt 1,5 Mio € realisiert werden. Dem stehen einmalige Investitionen in einer Gesamthöhe von 5,7 Mio € gegenüber. Die Ergebnisse der Überprüfungen können auf den Internetseiten der Informationsplattform Effizienznetz Rheinland-Pfalz (www.ennet.rlp.de) eingesehen werden.

■ Das **baden-württembergische** Um-

Entsorgung - Verwertung - Logistik
0180 3636036
Die bundesweite Nummer für alle (Ab)Fälle!



Entsorgungsdienstleistungen
komplett & kompetent
aus einer Hand!

M.E.N. Mittelständisches EntsorgerNetz GmbH & Co. KG
Sachsenwerkstraße 31, 01257 Dresden
T +49 (0)180 3636036* F +49 (0)180 3636037*
info@m-e-n.de www.m-e-n.de

sorgungsweg für diese Fraktion. Nach Darstellung betroffener Wirtschaftskreise bestehen in Deutschland für diese Gipsabfälle aus der Bauabfallentsorgung derzeit keine höherwertigen Verfahren. Auf die Frage, welche alternative Entsorgungsrouten das Thüringer Umweltministerium jetzt empfiehlt, gibt es zumindest aus Erfurt keinen Hinweis: „Für die Entsorgung von Abfällen ist der Abfallbesitzer zuständig“, antwortete eine Sprecherin des dortigen Umweltministeriums.

In Deutschland gibt es nach Angaben der Gipsindustrie seit Jahren Überlegungen für ein Recycling-System für Gipsabfälle. Allerdings wäre ein solches System mit höheren Kosten verbunden als die Verwertung auf Kalihalden oder alten Tagebauen, wo Annahmepreise um 5 bis 10 € pro Tonne fällig seien. Möglich ist in Deutschland auch die Beseitigung der Gipsabfälle auf DK I- oder DK II-Deponien. Für diese Wege werden Anlieferpreise um 10 bis 45 € pro Tonne genannt. □

weltministerium führt gegenwärtig eine Befragung zu Umwelttechnik und Ressourceneffizienz bei rund 2.000 Unternehmen durch. Ziel ist ein Kompetenzatlas, mit dem ein detailliertes Bild der Unternehmenslandschaft in Baden-Württemberg und deren Leistungsfähigkeit im Bereich Umwelttechnik und Ressourceneffizienz aufgezeigt werden soll, erklärte Ministerin Tanja Gönner (CDU) am Mittwoch vergangener Woche. Die Unternehmen würden dabei sechs Leitmärkten sowie über 100 Technologiefeldern zugeordnet. Die Befragung erhebe strukturierte Informationen zu den Unternehmen sowie Einschätzungen der Unternehmen selbst, zu Fragen wie Erfolgsfaktoren für Innovationen, Wettbewerbssituation oder Entwicklung des Geschäftsklimas, heißt es weiter. Insgesamt soll mit der Befragung ein umfassender Überblick über die Querschnittsbranche Umwelttechnologie geschaffen werden. Erste Ergebnisse der von der Unternehmensberatung Roland Berger durchgeführten Befragung sollen Mitte nächsten Monats veröffentlicht werden. □